

Betr.: Regionalkonferenz am 03.11.2017 in Oldenburg i.H.
Hier: Ergebnisvermerk

Aus der Regionalkonferenz vom 3. 11. 2017 werden folgende Punkte festgehalten:
(Die Manuskripte der Beiträge sind auf der Website www.fehmarnbelt-dialogforum.de einsehbar)

TOP 1 Forderungen der Kommunen und Initiativen, Stand des Verfahrens

In Vertretung des Sprechers des Projektbeirates führte der Sprecher des Dialogforums wie folgt ein:

Die Feste Fehmarnbeltquerung, mit ihrer Schienenlandandbindung sei eine TEN Transitstrecke, von der die Region nur bedingt profitiere, die sie aber vor erhebliche Belastungen stelle. Anders als beim Rheintal handle es sich um einen Neubau. Entsprechend neu seien auch die Belastungen. Die Anwohner befürchten Lärmbelastung, Erschütterung, Zerschneidung von Landschaft und Orten sowie Flächenverbrauch. Auf Grundlage des Bundestagsbeschlusses von 2016 setze sich der Projektbeirat des Dialogforums mit den Planungen der DB auseinander und erarbeite Forderungen für Schutzmaßnahmen. Diese werden in einer Matrix erfasst, finanziell bewertet und den Planungen der DB gegenübergestellt. Dabei fordere der Projektbeirat, dass die Kommunen von Kosten ferngehalten werden, die sie nicht verursacht haben. Dem Projektbeirat müsse ausreichend Zeit zur Prüfung der Planung gegeben werden. Auch müsse sichergestellt werden, dass Forderungen des Dialogforums Eingang in die Bundestagsbefassung und nach dessen Beschluss. in die Planung finden.

Der Sprecher appellierte an die DB, die Forderungen des Projektbeirates soweit wie irgend von vorn herein in ihre Planungen aufzunehmen und Lösungen im Dialog Dialog gemeinsam zu erarbeiten. Er bat die Landesregierung, die Gemeinden von finanziellen Belastungen frei zu halten.

Herr Weppler, Kreisverwaltung Ostholstein, erläuterte den Stand der Matrix, die die Kostenansätze für die Forderungen des Projektbeirates den Ansätzen der DB gegenüberstelle.

TOP 2 Ergänzende Stellungnahmen der Kommunen und Initiativen

Herr Gehrke, Allianz gegen die Feste Fehmarnbeltquerung, betonte, dass es keinen Bedarf für die FFBQ gebe. Zweifel der Gegner am Projekt seien nicht entkräftet worden, sondern sogar gewachsen. Der beste Schall- und Erschütterungsschutz sei es, auf das Projekt komplett zu verzichten.

Bürgermeister Martin Voigt (Oldenburg) erläutert die Betroffenheit seiner Stadt durch die Verlagerung des Bahnhaltdepotpunktes aus dem Ort. Der neue Haltepunkt müsse eine attraktive und zeitgemäße Ausstattung erhalten. Die Bahn als Zukunftsmittel

sei gewollt. Allerdings sei die Stadt Oldenburg nicht Veranlasser der Erschließung eines neuen Haltepunktes und müsse deshalb kostenmäßig entlastet werden.

Bürgermeister Thomas Bauer, Gemeinde Göhl, berichtet über den notwendigen innerörtlichen Schallschutz am Beispiel seiner Gemeinde und forderte

- Aufhebung des höhengleichen Bahnübergangs
- Tieferlegung der Bahntrasse um eine Brücke zu ermöglichen
- Finanzielle Entlastung

Bürgermeister Dr. Uwe Brinkmann, Stadt Bad Schwartau, belegte das Erfordernis einer Troglösung für Bad Schwartau und wies darauf hin, dass eigene Erhebungen eine höhere Zahl an Schutzfällen ergäbe, als die Zahlen der DB.

TOP 3 Planung der DB und Umsetzung des Beteiligungsprozesses

Die DB sagt zu, die gesetzlichen Möglichkeiten vollumfänglich zu nutzen und die Forderungen des Projektbeirates nach Möglichkeit zu berücksichtigen. Die Troglösung für Bad Schwartau sei in die Überlegungen aufgenommen worden. Für die Befassung im Bundestag müsse die Matrix auch aus Sicht der DB weiter optimiert werden. Mit dem Planfeststellungsverfahren werde begonnen. In das Verfahren der Bundestagsbefassung werden die Forderungen des Dialogforums einfließen. Etwaige Änderungen würden bei der zweiten Auslegung berücksichtigt. Beim Lärmschutz sei die DB nicht die Planfeststellungsbehörde. Eine Abwägung zwischen Vollschutz und den Planungen der DB nehme das zuständige Eisenbahn-Bundesamt vor.

TOP 4 Position der Landesregierung

Verkehrsminister Dr. Bernd Buchholz berichtet von den großen Erwartungen der Dänen und Skandinavier an das transeuropäische Verkehrsprojekt. Er stehe hinter dem Projekt, verstehe aber die Betroffenheiten und werde sich für deren Minimierung einsetzen. Die Landesregierung wolle möglichst viele Schutzfälle durch aktive Schutzmaßnahmen gelöst sehen. Mit dem Beschluss des Bundestages könne in begründeten Einzelfällen auch über das gesetzliche Maß hinausgehender Schutz erreicht werden. Wichtig sei Einigkeit, um gemeinsam durchzudringen.

Mit der Stadt Bad Schwartau befinde sich die Landesregierung im Dialog. Dort würden Standardmaßnahmen nicht ausreichen. Es müsse gelingen, ein größtmögliches Maß an Lärmschutz zu erzielen. Eine Troglösung müsse ernsthaft geprüft werden.

Die Landesregierung habe die Frage der Bäderbahn noch einmal geprüft. Diese sei wirtschaftlich nicht darstellbar sei. Er habe deshalb nah.sh beauftragt zu prüfen, ob eine moderne Form des ÖPNV auf der Trasse ohne Schiene stattfinden könnte. Der Minister könnte sich ein emissionsfreies autonomes Shuttle vorstellen.

Ein wichtiger Fortschritt beim Schallschutz sei die Zusammenlegung von Schiene und Autobahn. Es wäre gut, wenn die Gemeinden Ratekau und Timmendorfer Strand sich auf einen Haltestellenpunkt einigen. Er könne sich eine halbstündige Taktung von Hamburg nach Neustadt vorstellen.

Die Landesregierung werde das auslaufende Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz mindestens in den heutigen Konditionen fortführen und jährlich um 1,8 % dynamisieren. GVFG-Mittel würden weiter zur Verfügung stehen Die Gemeinden werden bis zu 85 Prozent gefördert.

Die EKrG-Maßnahmen könnten mit 75 Prozent vom Land gefördert werden.

Der Gemeinde Göhl gibt der Minister die Zusage, sich an etwaige Zusagen der Vorgängerregierung zu halten. Wenn DB und Bund dabei seien, werde auch das Land mit seinem Anteil dazu beitragen, höhenungleiche Bahnübergänge herzustellen.

TOP 5 Aussprache

Dr. Friederike Reineke, (BMVI) wies darauf hin, dass die Einbeziehung der Überlegungen des Dialogforums in den Planungsprozess für alle Beteiligten neu sei. Für die Forderungen gegenüber dem Bundestag gelte es, möglichst wenige, konkrete Punkte grundsätzlicher Natur herauszuarbeiten. Der Bundestag könne sich nicht mit einer langen Liste von Einzelmaßnahmen beschäftigen.

Bürgermeister Keller bat, die Planungsunterlagen so schnell wie möglich zur Verfügung zu stellen. Wichtig sei es, dass die vom Projektbeirat mühevoll erarbeitete Forderungsliste auch wirklich Berücksichtigung finde. Eine Berücksichtigung in der zweiten Anhörung müsse sichergestellt sein.

Bürgermeister Hans-Peter Zink, Gemeinde Altenkrempe, erläuterte die Lage in seiner Gemeinde und bat das Land darum, sich die Situation rund um die Kremper Au anzuschauen.

Bürgermeister Jens Reise, Gemeinde Großenbrode, wies auf die Probleme mit der Sundquerung hin und fordert eine Abstimmung der beiden Querungsprojekte.

Frau Corina Harnack, Gemeindevertreterin Ratekau, macht auf die Situation in Ruppertsdorf (Gemeinde Ratekau) aufmerksam. Der Ortsteil werde durch eine Lärmschutzwand durchschnitten, womit die Gemeinde nicht einverstanden sei. Eine Umfahrung der Gemeinde Ruppertsdorf sei notwendig.

Bürgermeister Jörg Weber, Stadt Fehmarn, fordert für Fehmarn wenigstens eine stündliche Taktung, was auch im Sinne der dänischen Kollegen sei.

Minister Buchholz begrüßte den konstruktiven Dialog an. Wichtig sei, dass Dialogforum, Kommunen, Bahn, Land und Kreis gemeinsam einen breit getragenen Konsens nach Berlin tragen.
Der Minister sei sicher, wenn die DB zugesagt habe, dass es eine zweite Auslegung geben werde, dann werde es eine solche auch geben.

TOP 6 Schlussworte

Landrat Reinhard Sager bewertet die Regionalkonferenz abschließend als außerordentlich nutzbringend. Bei der großen Agenda des Projekts gelte es, die Risiken

und Hindernisse zu minimieren. Dabei seien die Beteiligten gut vorangekommen, was auch Verdienst des Dialogforums sei. Der Kreis und die Gemeinden würden eng zusammenarbeiten. Nun müssten alle Beteiligten klarstellen, wo welche Lösungen gebraucht werden. Je klarer das gezogen werde, in Berechnung der Kosten und in den Prioritäten, desto besser werde das funktionieren. Ziel müssten neuralgische Punkte sein, Prioritäten müssten gesetzt werden. Das Projekt sei kein Normalfall. Ein transeuropäisches Netz dieser Dimension erfordere ein Neudenken der Infrastruktur Ostholsteins. Er begrüßte den Beschluss des Bundestages, der übergesetzlichen Lärmschutz möglich mache. Darauf baue er. Landrat Sager dankt dem Minister für die Klarstellung, 75 Prozent der Kosten der Kommunen übernehmen zu wollen. Er werde sich aber weiter für 100 Prozent starkmachen, weil die Kommunen die Kosten nicht verursacht hätten.

Gez. Horst Sieverling